

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003116/2026
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Christine Anderson (ESN)

Betrifft: Die zerklüftete Realität der Kommission I: Neudefinition der Demokratie jenseits der Verträge

Auf der Sitzung des Sonderausschusses für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie am 16. Juli 2026 stellte die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission ihren Bericht mit dem Titel „Fractured reality: how democracy can win the global struggle over the information space“ (Zerklüftete Realität: Wie die Demokratie den globalen Kampf um den Informationsraum gewinnen kann) vor. Darin heißt es, Demokratie erfordere pluralistische sowie faktengestützte Debatten und die Integrität des Informationsraums garantiere eine gemeinsame Grundlage. Außerdem wurde auf Bürgerinnen und Bürger Bezug genommen, die in unterschiedlichen Realitäten lebten, sowie auf eine verzerrte Realität.

Die liberale Demokratie beschränkt sich sicherlich nicht auf das Mehrheitsprinzip. In den Verträgen kommt ihr wesentlicher Inhalt jedoch in der repräsentativen Demokratie, dem Pluralismus, den Grundrechten, der politischen Rechenschaftspflicht, der Partizipation und der Rechtsstaatlichkeit zum Ausdruck. Diese Garantien schützen in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger sowie die politische Opposition vor der missbräuchlichen Verwendung staatlicher Gewalt.

1. Teilt die Kommission die Auffassung der Gemeinsamen Forschungsstelle, dass Informationsintegrität, eine gemeinsame Grundlage sowie eine faktengestützte Debatte wesentliche Voraussetzungen für die Demokratie sind?
2. Mit welchen Bestimmungen des Primärrechts der EU wird konkret festgelegt, dass diese Konzepte Bestandteile der demokratischen Ordnung der EU sind?
3. Erkennt die Kommission an, dass es sich bei diesen Konzepten um politische oder analytische Konzepte und nicht um autonome rechtliche Kriterien handelt, anhand deren die demokratische Legitimität einer rechtmäßigen politischen Debatte bewertet werden kann?

Eingang: 23.7.2026